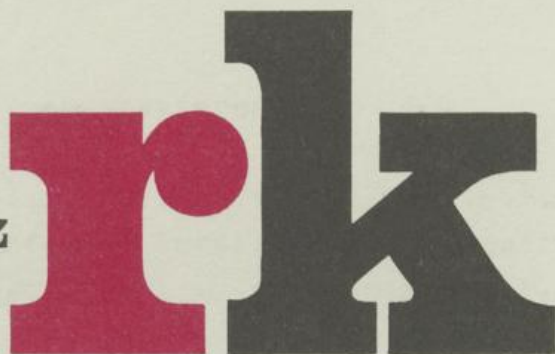


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 4. Mai 1984

Blatt 966

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Diskussion um Jugendzentrum im 18. Bezirk

Kommunal:
(rosa)

Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat
Über achthundert Mütter werden geehrt
VP-Behauptungen unrichtig - SO₂-Ausstoß in Wien
gesenkt
SO₂-Ausstoß der Kraftwerke seit 1980 um 50 Prozent
gesenkt
Flötzersteig: Rauchgaswäsche bereits ausgeschrieben
Schieder zu EBS und Rautenwegsanierung

Politik:
(rosa)

Hatzl zu Hainburg: Busek rechnet falsch

Lokal:
(orange)

Bauarbeiten auf der Rotundenbrücke

Nur
über FS:

Überfall auf Straßenbahnfahrer
Dienstag Pressgespräch des Bürgermeisters
"Herz-Wandertag" im Prater
"51A" nimmt Betrieb auf
Straßenbahnstörung bei der Volksoper

.....
Bereits am 3. Mai 1984 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Diskussion um Jugendzentrum im 18. Bezirk

=++++

15 Wien, 3.5. (RK-LOKAL) Donnerstag vormittag erschien eine Gruppe junger Leute im Büro von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, um ihre Forderung nach einem Jugendzentrum in Währing zu unterstreichen. Bereits vergangenen Samstag hatten 12 Jugendliche das zum Abbruch bestimmte ehemalige Amtshaus in der Schulgasse 19 vorübergehend besetzt, mit der Absicht, dieses Haus als Jugendzentrum zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner verwies bei der Aussprache in ihrem Büro auf die Tatsache, daß es in Währing bis Jänner 1983 ein Jugendzentrum gegeben habe, das aber wegen zu geringer Auslastung geschlossen werden mußte. Außerdem stehe den Jugendlichen in unmittelbarer Nähe das Werkstätten- und Kommunikationszentrum (WUK) in der Währinger Straße offen. Sie werde aber trotzdem, so Fröhlich-Sandner, Gespräche über ein neues Jugendzentrum in Währing führen.

SPÖ-Klubobmann Rudolf EDLINGER erklärte als Mandatar des 18. Bezirkes, daß eine etwaige Realisierung eines solchen Projektes von der Zustimmung der Bezirksvertretung abhängig sei. (Schluß)
lei/ko

NNNN

Über achthundert Mütter werden geehrt

=++++

2 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) 831 dauerbefürsorgte Wiener Mütter, die über 60 Jahre alt sind, werden kommenden Montag, Dienstag und Donnerstag, den 7., 8. und 10. Mai, über Einladung von Bürgermeister Leopold GRATZ und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen einer Muttertagsfeier im Restaurant auf dem Kahlenberg geehrt. Die Mütter werden aus den einzelnen Bezirken mit Autobussen auf den Kahlenberg geführt, wo sie die Kapelle der E-Werks-Bediensteten mit Musik empfängt.

Sie nehmen dort an einem Bunten Nachmittag teil. Außer einer Wiener Jause mit Kaffee, Schlagobers und Gugelhupf erhält jede Mutter ein Erinnerungsgeschenk. Für die Unterhaltung der Gäste sorgen Peter Heinz KERSTEN als Conferencier, Aida BAGHRAMIAN, Christel PRAGER, Walter HEIDER, Ernst SCHÜTZ und Prof. Norbert PAWLICKI mit seinem Ensemble.

Seit Beginn dieser Aktion im Jahre 1954 konnten bereits 31.481 Mütter entweder im Restaurant am Kahlenberg oder im Festsaal des Rathaus bzw. in der Wiener Stadthalle geehrt werden. (Schluß)
zi/ko

NNNN

Bauarbeiten auf der Rotundenbrücke

=++++

4 Wien, 4.5. (RK-LOKAL) Montag beginnen Bauarbeiten auf der Rotundenbrücke über den Donaukanal. Es müssen die Konstruktionen der Dehnungsfugen, die Feuchtigkeitsabdichtungen und der Fahrbahnbelag neu hergestellt werden. Die Brücke wird deshalb für den Individualverkehr jeweils in einer Fahrtrichtung gesperrt.

In der ersten Bauphase ab Montag ist die Richtungsfahrbahn vom 2. in den 3. Bezirk gesperrt. Es ist also nur die Fahrt vom 3. in den 2. Bezirk möglich. Die Umleitung erfolgt über die Franzensbrücke. Diese Regelung wird etwa vier Wochen, also bis Anfang Juni, dauern.

In der zweiten Bauphase muß der Individualverkehr vom 3. in den 2. Bezirk über die Stadionbrücke umgeleitet werden. Man kann dann über die Rotundenbrücke nur vom 2. in den 3. Bezirk fahren. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis zum 25. Juni dauern. (Schluß)
sc/ko

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages am Freitag wurde mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die 1. ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 2. ANFRAGE von LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), ob er die Vorlage eines Entwurfes zur Besteuerung von Einwegbehältnissen beabsichtige, sagte StR. MAYR (SPÖ), daß ein derartiger Entwurf ausgearbeitet sei. Ein Alleingang Wiens in dieser Frage werde jedoch durch die Einkaufsmöglichkeiten im Umland der Stadt problematisiert. Deshalb und aus anderen Gründen strebe er eine bundeseinheitliche Lösung an, die neben den Einwegflaschen auch andere Einwegbehältnisse einschließe. Sollte diese Lösung nicht erreicht werden können, werde er eine Wiener Lösung ventilieren.

Auf die 3. ANFRAGE von LABg. FREITAG (SPÖ), in welchem Ausmaß das Land Wien im Rahmen des Wohnungsverbesserungsgesetzes Bürgschaften für Kapitaldarlehen übernommen habe, sagte StR. MAYR, daß bis Ende 1983 71.081 Bürgschaften mit einer Gesamthaftung von 4,5 Milliarden Schilling bei einem limitierten Haftungsrahmen von fünf Milliarden Schilling übernommen worden seien. Aus dieser Bürgschaft seien lediglich Zahlungen von 18 Millionen Schilling erwachsen, was einerseits die gute Zahlungsmoral der Kreditnehmer zeige und andererseits aufgrund dieser guten Erfahrung eine Erweiterung des Bürgschaftsrahmens ermögliche. (Forts.) gab/ko

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 4. ANFRAGE von LABg. EDER (SPÖ) nach dem Stand der Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung von Park-and-Ride-Standorten, antwortete StR. MAYR (SPÖ), daß versucht werde, die Finanzierung auch über die Nahverkehrsmilliarde zu ermöglichen. Vier Plätze sind im Einzugsbereich von Wiener ÖBB-Stationen vorgesehen, die Kosten werden zwischen Bund und Stadt im Verhältnis 80 zu 20 geteilt. Dies soll auch für den Ankauf der notwendigen Grundstücke gelten. Die Standorte werden nun nach verschiedenen Gesichtspunkten von der Stadtplanung untersucht. Zum Verkehrsverbund erläuterte StR. Mayr, daß wegen des Aufteilungsschlüssels und des Wegfalls der Wiener Zahlungen zum Schnellbahnbetrieb Wien um 10 Millionen jährlich entlastet werde. Die Entlastung werde noch größer werden, wenn später auch die Autobuslinien in Niederösterreich und dem Burgenland in den Verkehrsverbund einbezogen werden.

Auf die 5. ANFRAGE von LABg. Mag. KAUER (ÖVP), wie die negativen Auswirkungen der Meldegesetznovelle zu beurteilen sind, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), sie sei optimistisch, daß die Wiener Änderungswünsche zum Entwurf berücksichtigt werden. Der Befürchtung, durch den Wegfall der Anführung des "ordentlichen Wohnsitzes" und des religiösen Bekenntnisses könnte es für Verwaltung und Religionsgemeinschaften zu Nachteilen kommen, konnte sie sich angesichts des noch laufenden Begutachtungsverfahrens nicht anschließen. (Forts.) and/oo

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 6. ANFRAGE von LAbg. OUTOLNY (SPÖ), wie er zu einer Erhöhung der zulässigen Achslasten für LKW stehe, antwortete StR. RAUTNER (SPÖ), er lehne eine solche Erhöhung ab. Die Wiener Straßen- und Brückenbauten sind in ihrer Konstruktion auf die derzeit geltenden bundeseinheitlich geregelten Belastungen ausgelegt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Erhaltung des Straßennetzes wäre eher eine Verminderung, als eine Erhöhung der zulässigen Achslasten überlegenswert.

Auf die 7. ANFRAGE von LAbg. CVETKOVIC (ÖVP), ob er bereit sei, die derzeitige Praxis in Wien zu überdenken, wonach bei einem geförderten Einbau von Zentralheizungen die Mieter eine Verpflichtungserklärung für einen allfälligen Anschluß an die Fernwärme unterschreiben müssen, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß der Bundesgesetzgeber diese Bestimmung als zwingende Förderungsvoraussetzung festgelegt hat. Es kann daher kein Bundesland von dieser Regelung Abstand nehmen. Wenn es jedoch zu Gesprächen über eine Reform der Wohnbauförderung auf Bundesebene komme, könne auch über diesen Punkt gesprochen werden. (Forts.) sei/ko

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 8. ANFRAGE von LAbg. JANK (SPÖ), wieviele Wohneinheiten 1983 durch die Wohnbauförderung gefördert wurden, antwortete StR. HOFMANN (SPÖ), daß insgesamt 5.896 Einheiten von der Landesregierung genehmigt und von der Verwaltung zugesichert wurden. Im Detail waren dies 5.270 Wohnungen, 46 Geschäftslokale, drei Ordinationen und 577 Ledigenräume. Gemäß dem gemeinsamen Willen aller Fraktionen gehe die Entwicklung nun dahin, erklärte Hofmann, die Förderung auch auf Standardverbesserungen im Althausbestand auszudehnen. 1984 sollen im Geldwert von 200 Wohnungen Sanierungen im Althausbestand durchgeführt werden.

Auf die 9. ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), welche Stellungnahme er zu dem von Wissenschaftsminister Dr. FISCHER vorgelegten Museumskonzept beziehe, das die Schaffung eines Museums des 19. und 20. Jahrhunderts im Messepalast vorsieht, erklärte StR. MRKVICKA (SPÖ), diese Idee sei durchaus in Erwägung zu ziehen. Gemeinsam mit dem Kunsthistorischen und Naturhistorischen Museum könnte damit ein großer Museumskomplex geschaffen werden. (Forts.) je/gg

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 10. ANFRAGE von LABg. ARTHOLD (ÖVP), welche Varianten bei der Querung der B 16 mit der Donauländebahn ausgearbeitet und durchgerechnet wurden, sagte StR. HOFMANN (SPö), daß im Zug der generellen Planung 13 Varianten erstellt wurden. Davon wurden drei Varianten in die engere Auswahl gezogen:

1. Unterführung der B 16 unter der Donauländebahn, Kosten ca. 70 Millionen.
2. Überführung der B 16 über die Donauländebahn, Kosten ca. 50 Millionen.
3. Tieflegung der Donauländebahn, Kosten ca. 310 Millionen.

Die Variante zwei hat sich als die wirtschaftlichste und sparsamste herausgestellt.

Auf eine Zusatzfrage bejahte StR. Hofmann, daß die ÖBB Vorschläge und Vorkehrungen für den Lärmschutz entlang der Donauländebahn ausgearbeitet hat und derartige Einrichtungen zu verwirklichen beabsichtigt.

Auf die 11. ANFRAGE von LABg. SCHMIDTMEIER (SPö), wie sich der Einstandspreis für die Stadtwerke beim "Heizöl schwer" seit der Strompreissenkung vom April 1983 entwickelt hat, sagte StR. HATZL (SPö), daß nach einigen Ermäßigungen nunmehr das "Heizöl schwer" mit 3.690 Schilling je Tonne den bisher höchsten Preis erreicht hat. Eine Erhöhung der Strompreise sei jedoch derzeit nicht geplant, betonte Hatzl. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 12. ANFRAGE von LABg. Elisabeth SCHINDLER (SPö), welche Stellungnahme das Amt der Wiener Landesregierung zum Entwurf eines Waschmittelgesetzes abgegeben habe, sagte StR. SCHIEDER, daß sich der ursprüngliche Entwurf zwar generell gegen die Verwendung umweltschädigender Waschmittel ausspreche, jedoch keine detaillierten Maßnahmen enthalte. Daher sei eine Beurteilung dieses Entwurfes nicht möglich gewesen. Nach widersprüchlichen Aussagen der ÖVP zu diesem Thema sei nun ein zusätzlicher Antrag seitens der SPö und der FPö eingebracht worden, der ab 1.7.1984 eine Reduzierung der Phosphate um 25 Prozent und ab 1.1.1986 um weitere 25 Prozent vorsehe. Damit sei von diesem Gesetz eine wesentliche Umweltverbesserung zu erwarten. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

13 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Dem Landtag lag eine DRINGLICHE ANFRAGE der öVP betreffend zehn Fragen im Interesse eines umfassenden Umweltschutzes in Wien vor. Die Begründung der Dringlichkeit und die Debatte darüber erfolgen vor Schluß der Sitzung.

Weiters lagen dem Landtag ein Antrag der öVP betreffend Teilzeitarbeit für pragmatisierte Bedienstete der Stadt Wien sowie zwei Anträge der SPö betreffend eine Novellierung des Wiener Kleingartengesetzes und hinsichtlich der Mitwirkung der Bevölkerung bei Gesetzesbeschlüssen des Landtages vor. Alle Anträge wurden zugewiesen.

Zwtl.: Bauordnungsnovelle

StR. Friederike SEIDL (SPö) beantragte eine Novelle der Wiener Bauordnung entsprechend zwei Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes. Es geht dabei um Aufgaben und Kompetenzen der Bauoberbehörde.

LABg. Prof. Dr. WELAN (öVP) beantragte die Normierung einer Berichtspflicht des Landesamtsdirektors an die Bauoberbehörde, wenn jener bei geringfügigen Angelegenheiten unmittelbar tätig wird.

LABg. Mag. ZIMA (SPö) bezeichnete diesen Antrag als nicht erforderlich, weil die Informationspflicht im Kollegialorgan ohnedies enthalten sei.

StR. Friederike SEIDL schloß sich in ihrem Schlußwort den Ausführungen von LABg. Zima an und sagte, sie erwarte nicht, daß in der Ausschußberatung dem Antrag entsprochen werde.

ABSTIMMUNG: Die Gesetzesnovelle wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen, der Beschlusantrag wurde einstimmig zugewiesen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Novelle zur Dienstordnung 1966

=++++

14 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte als Berichterstatter eine Novelle zur Dienstordnung 1966. Diese sieht vor allem Verbesserungen beim Urlaubsrecht vor. So sollen alle Bediensteten mit mindestens 25 Dienstjahren einen Urlaub von 36 Werktagen statt bisher 34 Werktagen bekommen.

LABg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) kritisierte, daß einige Punkte des Disziplinarrechtes nicht novelliert wurden. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Engelmayer, daß gewählte Gemeinderäte nicht mehr richterliche Funktionen in den Disziplinarkommissionen ausüben sollten. Außerdem sollte sichergestellt werden, daß das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter gewährleistet wird.

LABg. KOPFENSTEINER (SPÖ) betonte, daß Wien mit der vorliegenden Novelle seine Stellung als führende Körperschaft im Urlaubsrecht behält. Gewählte Mandatäre sorgen seit Jahrzehnten, so Kopfensteiner, für eine humane Praxis bei der Handhabung des Disziplinarrechtes.

ABSTIMMUNG: Die Novelle zur Dienstordnung wurde einstimmig angenommen, der Beschlusantrag wurde dem zuständigen Ausschuß zur Behandlung zugewiesen. (Forts.) sei/gg

NNNN

VP-Behauptungen unrichtig - SO₂-Ausstoß in Wien gesenkt (1)

=++++

15 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Der ÖVP-Pressedienst berichtete heute, Freitag, in einer Aussendung über eine geplante Anfrage, die die ÖVP-Frauen heute in der Wiener Landtagssitzung einbringen wollen und in der sie einen Forderungskatalog mit zehn Umweltschutzforderungen aufstellen. "Da diese Forderungen wie auch die Begründung für die ÖVP-Anfrage zahlreiche Unrichtigkeiten enthalten", betonte Landeshauptmann Leopold GRATZ dazu, "habe ich Stadtrat SCHIEDER beauftragt, sofort der "RATHAUSKORRESPONDENZ" eine entsprechende Stellungnahme zu einzelnen Punkten zu übermitteln." Wie Schieder dazu erklärte, seien zahlreiche Behauptungen in der Aussendung des ÖVP-Pressedienstes unrichtig:

- o So stimmt die Behauptung nicht, die Wiener kalorischen Kraftwerke und die Müllverbrennungsanlagen gäben jährlich 20.000 Tonnen SO₂ an die Luft ab. "Das ist bereits seit zwei Jahren unrichtig", stellte Schieder dazu klar: 1983 etwa emittierten die Wiener Kraftwerke 13.800 Tonnen SO₂, mit allen anderen Energieerzeugern (MVA usw.) wurden insgesamt ca. 17.000 Tonnen ausgestossen. "Hier müßte man aber auch noch jene Menge SO₂ abziehen, die durch die Umstellung auf Fernwärme beim Hausbrand weggefallen ist", betonte Schieder dazu, "sodaß man insgesamt wahrscheinlich von zwei Drittel bis drei Viertel der von der ÖVP genannten Zahl sprechen kann". In den kommenden Jahren wird sich die SO₂-Emission der Energieerzeuger (Kraftwerke usw.) jährlich weiter um jeweils fast zehn Prozent verringern. Diese Verringerung der SO₂-Belastung der Wiener Luft ist den Anstrengungen der Stadt Wien zu verdanken, die - u. a. mit der Umstellung der Kraftwerke auf Gas und dem damit zusammenhängenden Programm zur Verringerung der SO₂-Emissionen - das europaweit größte Umweltprogramm bei den Kraftwerken durchführt.
- o Die Aufforderung, Wien möge alle rechtlichen Möglichkeiten wahren, um die Wasserversorgung der Lobau in Zusammenhang mit Hainburg zu sichern, ist eine verspätete und bereits erfüllte Forderung.

(Forts.) hs/gg

NNNN

VP-Behauptungen unrichtig - SO₂-Ausstoß in Wien gesenkt (2)

=++++

16 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Das Land Wien hat bereits in seiner Stellungnahme zu Hainburg ausdrücklich erklärt, daß es zum Bau des Kraftwerkes nur ja sagen könne, wenn u.a. das Grundwasserwerk Lobau gesichert ist.

- o Was die 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkessellemissionsgesetz betrifft, so hat Wien nicht nur daran mitgewirkt und auch wesentlich daran mitgearbeitet: so werden die geforderten Werte durch den Umbau der MVA Flötzersteig und durch die Sanierung der EBS erfüllt. Wien hat außerdem sogar verlangt, daß auch Altanlagen in den anderen Bundesländern miteinzubeziehen seien und daß auch für diese Anlagen die entsprechenden Grenzwerte gelten sollen.
- o Zur Forderung, Wien möge gemeinsam mit dem Bund dafür eintreten, daß sich alle Nachbarstaaten Österreichs dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen anschließen, empfiehlt Schieder den VP-Frauen die Lektüre des österreichischen Bundesgesetzblattes. Die VP-Frauen verlangen hier, daß Wien beim Bund verlangt, dieser möge etwas erfüllen, was bereits erfüllt wurde. Den Bundesgesetzblättern vom 15. März 1983 (67. Stück) und vom 2. März 1984 (43. Stück) ist zu entnehmen, daß am 23. Dezember 1983 der letzte der österreichischen Nachbarstaaten, die CSSR, ebenfalls dieses Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen ratifiziert hat.
- o Was die Forderungen nach Umweltschutzanwalt, Änderung der Stadtverfassung, Umweltschutz- bzw. Abfallbeseitigungsgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfung und Anwendung des Luftreinhaltegesetzes betrifft, machte Schieder darauf aufmerksam, daß auf all diesen Gebieten nicht wörtlich das, was die ÖVP verlange, aber wesentlich weitergehende Maßnahmen bereits gesetzt wurden. Es sind dies im einzelnen

Umweltveto

Heranziehung von unabhängigen Sachverständigen und Universitätsinstituten bei Luftmessungen (EBS, Flötzersteig usw.)
Luftreinhaltenovelle zum Wiener Feuerpolizeigesetz.
(Forts.) hs/gg

NNNN

VP-Behauptungen unrichtig - SO₂-Ausstoß in Wien gesenkt (3)

=++++

17 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL/POLITIK)

Umweltbericht, Luft- und Naturschutzbericht

Umwelterhebung 82

Novelle zum Müllabfuhrgesetz

Müllarbeitskreis, Müllkampagne

Emissionskataster (SO₂, NO_x)

Vorschreibung für die Kraftwerke, bei austauscharmen Wetterlagen (Inversionswetterlagen), von Heizöl auf Erdgas umzustellen.

Schieder stellte abschließend fest, daß es natürlich das Recht der Opposition sei, alles zu fragen, was sie wünscht. Er habe auch nicht auf die Fragen der ÖVP mittels Aussendung antworten wollen, jedoch müsse er auf die falsche Darstellung in der Aussendung des ÖVP-Pressedienstes hinweisen. Was den Vorwurf der Ankündigungspolitik betreffe, so sei dieser, wie wahrscheinlich alle Wiener Journalisten wissen, falsch. Flötzersteig-Rauchgaswäsche, EBS und Sanierung der Deponie Rautenweg seien in Arbeit - die ÖVP brauche sich da nur bei ihrem ehemaligen Gemeinderat Dipl.-Ing. DDr. Strunz erkundigen. (Schluß) hs/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Wiener Anzeigenabgabegesetz

=++++

18 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) legte dem Wiener Landtag einen Antrag zur Änderung des Wiener Anzeigenabgabegesetzes 1983 vor. Kernpunkt dieser Novelle sei es, erklärte Mayr, die Abgabe bei Anzeigen, mit denen "nach der zeitgemäßen Gesellschaftsauffassung Tätigkeiten angeboten werden, die als Prostitution, Beischlaf oder als unzüchtige Handlungen anzusehen sind", von 10 auf 40 Prozent zu erhöhen. Erwartungen in bezug auf Einnahmenerhöhungen habe er nicht, betonte Mayr, doch könne diese Art von Anzeigen damit reduziert werden. Darüber hinaus habe sich das Wiener Anzeigenabgabegesetz durch die Novellierung inhaltlich nicht verändert, sei aber aktualisiert und dem Mediengesetz 1981 angepaßt worden. Somit könnten nun auch Anzeigen mittels Bild- oder Tonträger besteuert werden.

LABg. Dr. Peter MAYR (ÖVP) erklärte, seine Fraktion werde dieser Gesetzesänderung nicht zustimmen. Man soll, erklärte Mayr, "am Verbotenen nicht verdienen".

LABg. SCHMIDTMEIER (SPÖ) wies darauf hin, daß mit einer Novellierung dieses Gesetzes die Belästigung der Bevölkerung hintangehalten werden könne.

Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

19 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP richtete eine dringliche Anfrage betreffend zehn Fragen im Interesse eines umfassenden Umweltschutzes für Wien an Landeshauptmann GRATZ.

Der Text der dringlichen Anfrage:

1. Werden Sie dafür eintreten, daß durch eigene landesgesetzliche Bestimmungen in Wien ein unabhängiger Umweltschutzanwalt geschaffen wird, der in allen Fragen des Umweltschutzes Parteistellung hat und unabhängig vom Magistrat die Interessen des Umweltschutzes wahrnimmt?
2. Werden Sie sich im Interesse einer umfassenden Berücksichtigung aller Belange des Umweltschutzes für eine Änderung der Wiener Stadtverfassung dahingehend einsetzen, daß ein Umweltkontrollamt geschaffen wird?
3. Werden Sie anregen, daß in der nächsten Zeit ein modernes und umfassendes Wiener Umweltschutzgesetz ausgearbeitet und dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wird, wobei im Rahmen dieses Gesetzes die Verpflichtung zur Vorlage eines jährlichen Umweltberichtes an den Wiener Gemeinderat gesetzlich verankert werden sollte?
4. Sind Sie bereit, ein modernes Wiener Abfallbeseitigungsgesetz ausarbeiten zu lassen, das u.a. auch die Frage der Beseitigung des Hausmülls regelt?

(Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

20 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL)

5. Werden Sie durch Verhandlungen mit dem Bund versuchen zu erreichen, daß der Schwefelgehalt des Heizöls rascher als geplant herabgesetzt wird, da die Begrenzung mit 2 % ab 1. Juli 1984 nicht ausreichend und zufriedenstellend ist?
6. Werden Sie dafür Sorge tragen, daß alle rechtlichen Möglichkeiten zur Wahrung der Interessen Wiens - insbesondere zur Sicherung der Trinkwasserversorgung in der Lobau - im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens betreffend den Bau eines Donaukraftwerkes Hainburg mit Nachdruck gewahrt werden und Wien alle erforderlichen und möglichen diesbezüglichen Schritte setzt?
7. Werden Sie die Anwendung des neuen Wiener Luftreinhaltegesetzes für Wien urgieren, insbesondere durch Erstellung und Anwendung des vorgesehenen Umweltalarmplanes?
8. Werden Sie dafür eintreten, daß Umweltverträglichkeitsprüfungen bei allen Vorhaben im Bereich der Stadt Wien, die eine besondere Belastung für die Umwelt darstellen könnten, gesetzlich verankert werden?
9. Werden Sie im Interesse Wiens auf den Bund einwirken, daß möglichst rasch die 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz erlassen wird, die eine wirksame Reduzierung der Luftverunreinigungen sowohl für Neuanlagen als auch für Altanlagen wie z. B. kalorische Kraftwerke oder Müllverbrennungsanlagen vorsieht?
10. Sind Sie bereit, gemeinsam mit den anderen Bundesländern den Bund zu veranlassen, daß die Bundesregierung mit Nachdruck darauf dringt, daß alle Nachbarstaaten Österreichs, insbesondere die Tschechoslowakei, dem Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen beitreten?

(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

21 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) bezeichnete die dringliche Anfrage der ÖVP in ihrer Begründung als einen Umweltalarm der Frauen. Es gehe darum, die Welt den künftigen Generationen zu bewahren. Es sei unser aller Zukunft, die wir Gefahr laufen, zu vernichten. Im einzelnen gehe es um die Installierung eines Umweltschutzgesetzes, eines Umweltschutzgesetzes. Das Naturschutzgesetz allein ist zu wenig. "Was kaputt ist, können wir nicht mehr schützen". Deshalb richten die Frauen diesen Appell an den Landeshauptmann als den Letztverantwortlichen. (Forts.) fk/ko

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

22 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) sagte in ihrem Debattenbeitrag, in Fragen des Umweltschutzes trage der Bürger natürlich eine große Mitverantwortung, die Hauptverantwortlichkeit liege jedoch auf der Ebene der öffentlichen Körperschaften. Sie müsse durch eine entsprechende Gesetzgebung, aber auch durch beispielgebenden Umgang mit der Umwelt wahrgenommen werden. Als Beispiel dafür regte Mag. PETRIK den vermehrten Gebrauch von Umweltschutzpapier im Behördenbereich und auch bei der Schulbuchaktion an. Gegen die Lärmplage durch Mopeds sei ebenso einzuschreiten, wie der baldige Gebrauch von Katalysatoren-Autos zu fördern sei. Schließlich sprach sich Mag. Petrik auch für die Trennung von Waschmitteln und Enthärtern aus, um eine der Wasserhärte entsprechende und damit weniger schädliche Dosierung zu erreichen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

24 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) LAbg. PAWKOWICZ (FPÖ) wies darauf hin, daß die Probleme der Umweltverschmutzung immer dringlicher werden, daß aber noch immer keine konkreten Termine für die Sanierung der Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen vorliegen. Die Stadt Wien sei außerdem durch das gescheiterte Rinterprojekt in Verzug gekommen.

Sehr zufrieden äußerte sich Pawkowicz über den neu eingerichteten "Arbeitskreis Müll". Die notwendigen Beschlüsse auf dem Gebiet des Umweltschutzes sollten, wenn möglich, einstimmig erfolgen, sagte Pawkowicz.

Die dringliche Anfrage bezeichnete Pawkowicz als gute Vorgangsweise zur Bereicherung der Diskussion innerhalb und zwischen den Parteien. Als unüberlegt bezeichnete Pawkowicz den Donnerstag von Vizebürgermeister Dr. Busek gemachten Vorschlag, die Stadt Wien solle ihren Strombedarf zur Gänze durch die eigenen Kraftwerke decken. Das hätte eine massive Verschlechterung der Wiener Luftqualität zur Folge.

Pawkowicz verwies auf die mit 1. Juli in Kraft tretenden Umweltschutzmaßnahmen der Bundesregierung, die einen deutlich sichtbaren Schritt auf diesem Gebiet darstellen. Die Stadt Wien sollte möglichst schnell gleichziehen. Dazu sei ein breiter Konsens zwischen den Parteien und auch zwischen den Ländern Wien und Niederösterreich erforderlich. (Forts.) roh/gg

Wiener Landtag (15)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

25 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die Einladung, statt bloß zu reden, zu handeln, sprach LAbg. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) an die ÖVP-Frauen aus. Die SPÖ-Frauen haben bereits 1974, als es noch nicht gang und gäbe war, sich ein "Umweltmäntelchen" umzuhängen, auf das Problem der Verpackungen und die damit verbundene Umweltbelastung hingewiesen. Heute steht eine Steuer auf Einweggebinde zur Diskussion. Die ÖVP könnte zeigen, daß es ihr ernst mit dem Umweltbewußtsein sein, indem sie die ÖVP-dominierten Bundesländer für eine bundeseinheitliche Steuer gewinne.

Die sozialistische Bundesregierung hat seit 1970 viele Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt gesetzt. Ein Beispiel dafür: Die österreichischen Seen besitzen heute Trinkwassergüte.

Es könnte jedoch mehr geschehen, wenn die ÖVP ihre guten Beziehungen zur Industrie ausnützen, und erreichen könnte, daß zum Beispiel umweltfreundliche Verpackungen verwendet werden, betonte Dittrich. (Forts.) sei/ko

Wiener Landtag (16)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Schieder zum Umweltschutz

=++++

26 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) meldete sich mit einer Mitteilung an den Wiener Landtag zu Wort. Die öVP, erklärte Schieder, habe immer wieder ein falsches Bild über die derzeitige Umweltsituation in Wien gezeichnet, weshalb er sich einer unüblichen, aber zulässigen Praktik bediene, die ihm zur Richtigstellung notwendig scheine.

- o Der SO₂-Ausstoß der Wiener kalorischen Kraftwerke sei durch ein großartiges Programm der Wiener Stadtwerke von 1980 bis 1983 auf ungefähr die Hälfte reduziert worden. So habe 1980 der SO₂-Ausstoß der kalorischen Kraftwerke noch 26.000 Tonnen betragen, während 1983 nur mehr 13.800 Tonnen emittiert wurden. Die Emissionswerte der Fernheizwerke und Müllverbrennungsanlagen zusammen lagen 1980 noch bei 31.200 Tonnen, seien 1983 unter 16.000 Tonnen gesunken und werden weiter sinken. Noch nicht inbegriffen sei bei diesen Daten die Umstellung von Hausbrand auf Fernwärme. Um so mehr zeigen sie die drastische Verbesserung.
- o Zur Reduktion des Schwefelgehaltes im Heizöl-schwer auf ein Prozent sind bereits Gespräche mit dem Bundesministerium für Gesundheit im Gange. Dank der Initiative Wiens könnte trotz technischer Probleme in absehbarer Zeit Heizöl-schwer mit einprozentigem Schwefelgehalt in belasteten Gebieten verwendet werden.
- o Zur Untersuchung der Wiener Luftsituation seien nicht nur technische Voraussetzungen, die in der Umwelta Abteilung bereits vorhanden sind, sondern auch legistische und wissenschaftliche Unterlagen notwendig. Mit Hilfe des Umweltcomputers sei es bereits seit über einem Jahr möglich, Schadstoffverteilung und Schadstoffausbreitung grafisch darzustellen und vorauszurechnen. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Landtag (17)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Schieder zum Umweltschutz

=++++

27 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Derzeit sei darüberhinaus das Luftqualitätsinformationssystem (LUQUIS) in der MA 22 in Funktion. Bereits im Februar 1983 habe die TU Wien mit der MA 22 ein Symposium zum Thema "Luft in und über Wien" veranstaltet.

o Die Luftreinhaltenovelle 1982 werde, erklärte Schieder, bereits angewandt, auch wenn der Alarmplan noch nicht in schriftlicher Form vorliege. Für eine schriftliche Festsetzung fehlten derzeit noch technische Informationen sowie Erfahrungswerte. Darüberhinaus habe es in Wien noch nie eine Luftsituation gegeben, die die nach dem Alarmplan der Luftreinhaltenovelle vorgesehenen Maßnahmen ausgelöst hätte.

o Das Übereinkommen über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigungen sei bereits von allen Staaten Europas ratifiziert worden. Im September 1984 seien, kündigte Schieder an, neuerliche europaweite Gespräche zu diesem Thema geplant.

o Er gebe zu, erklärte Schieder, daß die Emissionen aus den Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau höher als vernünftig seien, deswegen werden diese Anlagen saniert.

Die Ausschreibung zur Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig sei bereits erfolgt. Die Angebote würden bis Ende Juli überprüft. Ein genauer Ablaufplan, erklärte Schieder, liege bereits vor. Die Sanierungsmaßnahmen, die anschließend bei der Müllverbrennungsanlage Spittelau in Angriff genommen werden, liefen planmäßig.

Der Antrag für das Detailprojekt der Erweiterungen, Umbauten und Adaptierungen der EBS wird heute dem Gemeinderat vorliegen. Die Planung und Vorbereitung der Sanierungsmaßnahmen liege in den kompetenten Händen von Prof. Hackl von der TU Wien. (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Landtag (18)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Schieder zum Umweltschutz

=++++

28 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL)

- o Die von der ÖVP geforderte gesamtösterreichische Konferenz zum sauren Regen habe bereits im November 1983 stattgefunden, als wichtigste Maßnahme, die bereits gesetzt werde, gelte die Senkung der SO₂-Emission. Weitere Maßnahmen für Wien sehe er, Schieder, in der Förderung der Fernwärme, der Sanierung der Müllverbrennungsanlagen und der Reduzierung des Schadstoffausstoßes beim Kfz-Verkehr.
- o Das Schlagwort "Vergiftetes Trinkwasser" sei insofern unpräzise, als dies nur das Grundwasser betreffe, das in Teilen Wiens als Trinkwasser verwendet werde. Zum Problem des Tri- und Perchloräthylengehaltes erklärte Schieder, daß dieses nur in Wien, Graz und im Wiener Becken festgestellt wurde. Nur an diesen drei Stellen sei allerdings auch gemessen worden. Zum Nitratgehalt im Trinkwasser betonte Schieder, dies sei ein Problem, das unausweichlich sei. Die Erhöhung des Nitratgehaltes bei der Deponie Rautenweg sei präzisen Messungen zufolge dort, wo das Grundwasser von der Landwirtschaft komme, höher als in der Deponie selbst. Gerade deshalb seien die großangelegten Versuche der Stadt Wien zum biologischen Anbau heute besonders wichtig.
- o Der Nitratgehalt im Leitungswasser sei einer vor kurzem veröffentlichten Untersuchung zufolge in Wien wesentlich niedriger, als in einer großen Anzahl von niederösterreichischen Gemeinden. Schieder warnte in diesem Zusammenhang vor einem Problem neuer Größenordnung.
- o Die Sorge Wiens in bezug auf den Kraftwerksbau Hainburg gelte in erster Linie dem Grundwasserwerk Lobau. Durch das derzeitige DOKW-Projekt zum Bau Hainburgs wurden unter anderem Probleme wie eine Verringerung der Fließgeschwindigkeit der Donau und eine Reduzierung des Filtereffekts des Untergrundes evident.

(Forts.) je/gg

Wiener Landtag (19)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Schieder zum Umweltschutz

=++++

29 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Aus der Perspektive der

Wasserversorgung Wiens sei die derzeitige Bauvariante Hainburgs nicht befriedigend projektiert, erklärte Schieder.

- o Es sei richtig, daß im Einzugsbereich der dritten Wiener Hochquellenwasserleitung Verunreinigungen festgestellt worden sind. Die Wasserleitung wäre jedoch mit gutem Gewissen zu verwenden, könne aber aus rechtlichen Gründen noch nicht in Betrieb genommen werden.
- o Wien überlege derzeit Verbesserungen zum Wasserrechtsgesetz, habe eine Gewässeraufsicht und nehme laufend Überprüfungen vor.
- o Ein genauer technischer Bericht über die Deponie Rautenweg sowie eine detaillierte Kostenschätzung für die Sanierungsmaßnahmen liegen, erklärte Schieder, bereits vor. (Forts.) jel/ko

Wiener Landtag (20)

Utl.: Mitteilung Stadtrat Schieder zum Umweltschutz

=++++

30 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Schieder ging dann auf das Thema Sonderabfälle ein. Auf Wunsch von ÖVP-Vertretern, betonte Schieder, habe er das Sondermüllgesetz bis jetzt zurückgehalten.

"Kammerfunktionäre haben mich ersucht, die Wirtschaft nicht zu überfahren. Und nun werfen Sie mir vor," wandte sich Schieder an die ÖVP-Fraktion, "daß ich Umweltschutzmaßnahmen verzögere. Das ist politisch unfair."

Es stimmt auch, sagte Schieder, daß die Bäume in der Großstadt vielen Belastungen ausgesetzt sind: Wassermangel, verminderter Gasaustausch, Lufttrockenheit, Hitzereflexion etc. "Wir haben viel gemacht, etwa Einstellung der Salzstreuung, verstärkte Pflege, Bewässerung, Düngung und Neupflanzungen. Insgesamt sind im gesamten Bereich des Magistrates zahlreiche Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der Umwelt getroffen worden", schloß Schieder.

Zwtl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

LAbg. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) appellierte an die Frauen innerhalb der SPÖ-Fraktion, gemeinsam gegen Hainburg zu ziehen. Die Rednerin warf der SPÖ, die im Bund und Land Wien die Mehrheit hat, mangelnden Konsens in der Energiepolitik vor. Die Abgeordnete bedauerte, daß der Opposition am Beispiel Hainburg Gutachten verweigert werden. "Wir ergreifen heute die Initiative, um alle Möglichkeiten für den Umweltschutz auszuschöpfen, wir sind zur Mitarbeit bereit und wollen uns nicht länger auf Ankündigungen verlassen." Bei der Regierungspartei herrsche jedoch ein Chaos in Umweltfragen. Die SPÖ suche leider den Konflikt, statt die Zusammenarbeit. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Landtag (21)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

31 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP) verwies auf die Gefahren durch die Technisierung der Welt, die sie sowohl in internationalen und nationalen Konflikten aufgrund des Entwicklungsgefälles von Technik und Lebensstandard als auch insbesondere in der Gefährdung der Umwelt sehe. Im Interesse der nachkommenden Generation sei es erforderlich, sagte Schlick, vom derzeitigen Weg abzugehen und den Weg einer sanften Entwicklung zu beschreiten. Im Sinne einer ressortübergreifenden Umweltpolitik müßten langfristige präventive Maßnahmen ergriffen werden. Die Stadt Wien müsse damit in ihrem eigenen Bereich beginnen. Noch immer gebe es im Bereich der Stadt Großemittenten wie die Kraftwerke Simmering und Donaustadt. Noch immer werde viel zu wenig gegen die Luftverpestung durch den Straßenverkehr getan. Die Aufforderung zu raschem Handeln gelte für Umweltstadtrat Schieder ebenso wie für Bürgermeister Gratz und den ganzen Stadtsenat. Umweltschutz sei eine Sache, die alle angehe. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (22)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

32 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Der Zeitpunkt für eine klare Umkehr sei gekommen, sagte LABg. Ingrid KORROSEC (öVP). Bisher sei zu wenig geschehen und nur Ankündigungspolitik betrieben worden. Die Jugendlichen und Frauen hätten als erste auf die Umweltproblematik aufmerksam gemacht. Umwelterziehung müsse bereits im Kindergarten und in der Volksschule beginnen.

Dabei dürfte nicht bürokratische Umweltpolitik betrieben werden, sondern demokratische, vom Volk ausgehende Politik. Die Verwaltung hätte dabei vor allem die Aufgabe, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Das vorgesehene Naturschutzgesetz stelle in dieser Hinsicht einen Rückschritt dar. Der Naturschutzanwalt bestünde nur auf dem Papier, es bedürfe mehr Dezentralisation und verstärkter Bezirksdemokratie.

Wichtig sei, sagte Korrosec, eine positive Einstellung zur Stadtumwelt zu schaffen. Das Negativbeispiel dazu seien die Denzel-Gründe in Wien-Mariahilf, wo trotz mehrerer öVP-Anträge bisher nichts zur Begrünung geschehen sei.

Abschließend meinte Korrosec, es sei Aufgabe der Frauen, über die Parteigrenzen hinweg, auf dem Gebiet des Umweltschutzes gemeinsam tätig zu werden. (Forts.) roh/gg

Wiener Landtag (23)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

33 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die bisherigen Debattenbeiträge der öVP-Redner bestanden aus einer Ansammlung von Gemeinplätzen und falschen Behauptungen, erklärte LAbg. FREINBERGER (SPÖ). Offensichtlich wollte man mit der dringlichen Anfrage eine Pflichtübung absolvieren. Der Vorwurf, Stadtrat Schieder betreibe eine Ankündigungspolitik, ist falsch: Würde überall so viel getan wie in Wien, gäbe es weniger Probleme, betonte Freinberger. (Forts.) sei/ko

Wiener Landtag (24)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

34 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Das Grundwasserwerk Lobau, erklärte StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP), liefere immerhin 20 Prozent des Wiener Wassers und sei durch den Kraftwerksbau Hainburg extrem gefährdet. Weitere offene Fragen seien der Hochwasserschutz, der durch die Stauwirkung vermindert würde, sowie die Sanierung des Wiener Kanalsystems. Auch das Problem der Sanierung der beiden Hochquellenwasserleitungen werde akut. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Landtag (25)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

38 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. MAUTHE (öVP) meldete sich zu Wort und verlas einen Brief von Nobelpreisträger Konrad LORENZ, den dieser mit der Bitte an ihn übersandt hatte, ihn in geeigneter Weise als Petition dem Wiener Landtag zur Kenntnis zu bringen. Konrad Lorenz drückt in dem Schreiben seine Besorgnis darüber aus, daß die Industriellenvereinigung, Teile der Gewerkschaftsbewegung, der Bundesregierung, ja sogar führende Politiker Niederösterreichs entschlossen scheinen, die bedeutendste naturnahe Donaulandschaft Österreichs und Europas, ein künftiges Nationalparkgebiet, unter Hinwegsetzung über internationale Naturschutzverträge und geltende Landesgesetze, zu zerstören. In dem Brief heißt es wörtlich: "Kann Wien hier tatenlos zusehen? Der Rückstau des geplanten Kraftwerkes würde bis in den Bereich der Wiener Lobau reichen und die hydrologischen Verhältnisse dieses Naturreservates und Trinkwasserreservoirs der Wiener grundlegend ändern..... Die von Bundesstellen erteilten wasserrechtlichen Genehmigungen sind nach Ansicht meiner ökologischen Berater zu vorschnell erfolgt....." Prof. Lorenz appelliert in diesem Schreiben an den Wiener Landtag, im Interesse der Wiener eine kritische Haltung zum geplanten Großprojekt Hainburg einzunehmen. "Ich habe die Hoffnung", heißt es in dem Schreiben weiter, "daß Wiener Spitzenpolitiker, die mir erst vor kurzem die hohe Auszeichnung der Ehrenbürgerschaft zuteil werden ließen, und die den Wert der Donauauen am Beispiel der städtischen Lobau aus nächster Nähe kennen, meiner Petition Beachtung schenken werden. Diese Hoffnung gründet sich auch auf die bewegenden Worte unseres Bürgermeisters in jener Feierstunde und die freundliche Zusicherung des Umweltstadtrates Peter SCHIEDER, man wolle auch dann auf mich hören, wenn die Ratschläge unbequem seien, wofür ich ihm an dieser Stelle nochmals danken möchte." (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Landtag (26)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

39 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) LAbg. OUTOLNY (SPÖ) meinte, die ÖVP-Frauen hätten einen Umwetalarm losgelassen. Er respektiere Besorgnis und Engagement. Ihm scheine es aber, daß ein großer Unterschied zwischen den "Sonntagspredigten" und der politischen Praxis besteht. Einerseits fordere die ÖVP alles, wenn es aber um konkrete Beschlüsse geht, werden alle nur denkbaren Einwände dagegen vorgebracht. Dies sei eine Doppelstrategie, eine Politshow. Ihn störe es auch, meinte Outolny, daß die ÖVP-Debattenredner die Tatsachen und Fakten, die Umweltstadtrat Schieder in seiner Mitteilung aufgezählt hat, völlig ignorieren.

"Wir betreiben eine kooperative Opposition", betonte LAbg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Er erklärte, daß die Handelnden unter Zeitdruck geraten. Zum geplanten Donaukraftwerk Hainburg betonte er, die Wiener Wasserversorgung sei in Gefahr. Wien wurde im wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren als Stadt und Land seitens des Bewilligungswerbers vernachlässigt. Nun werde der Zeitdruck immer größer. Man gerate in Gefahr, daß man Schäden nicht mehr verhindern, sondern nur mehr verringern kann. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (27)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

42 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister GRATZ wies in der Beantwortung der Anfrage auf die Schwierigkeit hin, Ökologie und Ökonomie zu vereinen. Dies nehme dem Umweltschutz jedoch ebensowenig von seiner Dringlichkeit, wie die gesetzliche Lage, durch die die Umwelt derzeit noch immer als "Annexkompetenz" definiert sei. Er wolle mit seiner Antwort nicht hinter diese rechtliche Situation zurückziehen, sagte Gratz, und daher durch eine Teilung seiner Antwort dem inhaltlichen Sinn der Anfrage gerecht werden. Aus rechtlicher Sicht ging Gratz wie folgt auf die zehn Punkte der Anfrage ein:

1. Ein unabhängiger Umweltschutzanwalt für Wien ist nicht möglich, da die Kompetenzen für bedeutende Kriterien in dieser Frage nicht beim Land Wien liegen.
2. Die Aufgaben, die das geforderte Umweltkontrollamt wahrnehmen soll, werden bereits vom Sicherheitskontrollamt wahrgenommen. Es ist aber zu bedenken, daß das Kontrollamt nur eine nachprüfende Stelle ist.
3. Ein umfassendes Wiener Umweltschutzgesetz kollidiert mit der Tatsache, daß die Umwelt Annexmaterie ist und daher nur sehr wenige Kompetenzen beim Land Wien liegen.
4. Das geforderte moderne Wiener Abfallbeseitigungsgesetz ist in Ausarbeitung.
5. Der Wunsch nach einer weiteren Senkung des Schwefelgehaltes im Heizöl wird seitens des Landes Wien in Verhandlungen mit dem Bund immer wieder vorgebracht. Die ÖMV ist derzeit in der Lage, 20 Prozent der Produktion des Heizöls mit nur einem Prozent Schwefelgehalt zu liefern. Dieses Kontingent soll vor allem in Ballungsräumen verwendet werden.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (28)

Utl.: Dringliche Anfrage zum Umweltschutz

=++++

43 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL)

6. Die Sicherung des Wiener Grund- und Trinkwassers ist eine unabdingbare Bedingung für die Zustimmung zum Bau des Kraftwerkes Hainburg. Wenn diese Bedingungen jedoch ohne jede Einschränkung erfüllt werden, ist aus der Sicht Wiens das Kraftwerk zu bauen.
7. Die Unterlagen für den geforderten Umwetalarmplan sind bereits im Endstadium der Vorbereitungsarbeiten.
8. Die gesetzliche Verankerung von Umweltverträglichkeitsprüfungen bei allen möglicherweise belastenden Vorhaben im Bereich der Stadt Wien ist derzeit nicht möglich, da es keine Zuständigkeit dafür gibt.
9. Die 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz liegt im Interesse Wiens. Der Umweltschutzminister kann in dieser Frage vom Land Wien auf volle Unterstützung rechnen.
10. Das Abkommen mit den Nachbarstaaten Österreichs in Beziehung auf grenzüberschreitende Emissionen wurde bereits unterzeichnet.

Über die rechtliche Situation hinausgehend, erklärte sich Gratz gerade in Umweltfragen zur Zusammenarbeit auf breitester Ebene bereit. Man solle ebenso aufhören, im Glashauss zu sitzen und mit Steinen zu werfen wie unerfüllbare Forderungen zu stellen. Es gelte hier, Dinge nachzuholen, die man in ihrer Tragweite vor einigen Jahren noch nicht erkannt habe. Das betreffe die öffentlichen Stellen ebenso wie die Wirtschaft und jeden Einzelnen. Im Übrigen müsse man auch sagen, daß der Umweltschutz in allen Fällen Kosten nach sich ziehe, die von der Allgemeinheit getragen werden müßten. Daß dies notwendig und auch wirtschaftlich tragbar sei, sei jedoch heute keine Frage. Letzten Endes sei auch daran zu denken, ob eine Änderung der Bundesverfassung mit neuen Rechtskompetenzen für den Bund und die einzelnen Länder benötigt werde.

Als Anregung zum Umweltschutz im Gemeinderat schlug Gratz schließlich vor, wie bei Landtagssitzungen das Rauchen zu verbieten. (Schluß) gab/ko

NNNN

SO₂-Ausstoß der Kraftwerke seit 1980 um 50 Prozent gesenkt

=++++

35 #Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die SO₂-Emissionen aus den Wiener Kraftwerken wurden seit 1980 bereits um fast 50 Prozent verringert. Das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Freitag im Wiener Landtag in einer Mitteilung zum Umweltschutz. Wie Schieder erklärte, werde durch das Programm zur Reduzierung der SO₂-Emissionen aus den Kraftwerken, das die Stadtwerke durchführen, der gesamte Schwefeldioxidausstoß in Wien auf ein Drittel des Werts von 1980 sinken. Bereits jetzt wurden bei den Kraftwerken die Schwefeldioxid-Emissionen wesentlich reduziert:

Jahr	SO ₂ -Belastung
1980	26 000 Tonnen
1982	22 500 Tonnen
1983	13 800 Tonnen
1984 (Prognose)	unter 15 000 Tonnen
1986 (Prognose)	12 000 Tonnen
1988 (Prognose)	10 000 Tonnen.

Wie Schieder weiter betonte, müsse man dazu auch die verstärkten Fernwärmeanschlüsse für Haushalte und die damit entstehende Reduzierung der Emissionen aus dem Hausbrand rechnen. Die Luftsituation werde jedenfalls nicht erst 1992 plötzlich, sondern jetzt schon schrittweise verbessert.

Wie Schieder außerdem betonte, war bereits vor einiger Zeit vom Land Wien eine weitere Herabsetzung des Schwefelgehalts im Heizöl-schwer auf 1 Prozent gefordert worden. Auch die Landeshauptmännerkonferenz ist bereits für diese weitere Verringerung des Schwefelanteils im Heizöl eingetreten. (Schluß)
hs/ko

NNNN

Flötzersteig: Rauchgaswäsche bereits ausgeschrieben

=++++

36 #Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die Rauchgaswäsche für die MVA Flötzersteig wurde bereits im Amtsblatt der Stadt Wien vom 22. März 1984 kundgemacht: Das betonte Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag in seiner Mitteilung im Wiener Landtag. Wie Schieder betonte, werden damit die Vorschriften des Dampfkessellemissionsgesetzes für Neuanlagen erreicht: So wird der Flötzersteig nach Einbau der Rauchgaswäsche maximal 50 mg Staub pro Kubikmeter, maximal 100 mg HCl, höchstens 300 mg SO₂ - wobei sich Wien bemühen wird, diesen Wert noch weiter auf 200 mg zu drücken - maximal 5 mg Blei und Zink, maximal 0,1 mg Quecksilber und höchstens 0,1 mg Cadmium emittieren. #

Zum Zeitplan für die MVA erklärte Schieder, daß die Frist für die Anbote mit 30. Mai ablaufe. Genehmigung und Vergabe sind für August 1984 geplant. Die Lieferfrist wird elf Monate, die Zeit für den Einbau vier Monate betragen. Gleich anschließend erfolgt das gleiche für die MVA Spittelau.

Zwtl.: Dioxin-Messungen

Im Auftrag der Umwelta Abteilung wurden in letzter Zeit auch genaue Dioxin-Untersuchungen beim Flötzersteig durchgeführt. Wie die MA 22 dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" betonte, werden von der als "Seveso-Gift" bekannten gefährlichen Dioxin-Verbindung - insgesamt gibt es allein von Tetrachlordibenzodioxin, zu dem als eine Verbindung auch das Seveso-Dioxin gehört, 75 verschiedene Verbindungen - 0,2 bis 0,5 Gramm im Jahr emittiert und ist zirka die Hälfte dessen, was in deutschen Städten vorkommt. Beim Filtereinbau soll diese Menge noch AUF EIN 50ZIGSTEL (nicht um ein- AUF ein) verringert werden.

Nach dem aktuellen Wissensstand bedeute die derzeit emittierte Menge nach Aussage der MA 22 keine Gefährdung. (Schluß) hs/gg

NNNN

Schieder zu EBS und Rautenwegsanie rung

=++++

37 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) über die Sanierung der Sondermüllverbrennung der EBS und der Mülldeponie Rautenweg berichtete Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag dem Wiener Landtag. Wie Schieder feststellte, werden bei den EBS - zur Sanierung der Sondermüllverbrennung gehören zahlreiche Maßnahmen wie Rauchgaswäsche, Optimierung der Schlammaufbereitung, dritter Verbrennungsofen - strenge Grenzwerte vorgeschrieben. Die SO₂-Emissionen werden unter 200 mg pro Kubikmeter liegen, Salzsäure unter 100 mg, Staub unter 50 und Stickoxide unter 250 mg, an den Grenzwerten für Schwermetalle wird derzeit gearbeitet. Wie Schieder betonte, müsse man jedoch heute nicht nur in Betracht ziehen, was derzeit von den EBS an Schadstoffen ausgestossen wird, sondern auch berücksichtigen, was alles an Giften - die sonst unkontrolliert in Gewässer oder in den Boden gelangen - vernichtet wird.

Zwtl.: Problem Nitrat

In Zusammenhang mit der Sanierung der Deponie Rautenweg, wies Schieder auf eine österreichweit weitere kommende Gefahr für das Grundwasser hin: auf die aus der Landwirtschaft stammenden Nitrate im Wasser. Wie Schieder dazu betonte, habe sich bei Grundwasseruntersuchungen im Zusammenhang mit dem Rautenweg gezeigt, daß die Nitratbelastung in den der Deponie grundwasserstromaufwärts gelegenen Brunnen der Hoffmann-Siedlung höher sei als z. B. im Deponiebereich. Schieder wies darauf hin, daß das Problem der Nitrate, die aus der Düngung brachliegender Flächen, aus fehlender Untersaat beim Maisanbau usw. stammen, im Grundwasser immer größer werde und Landwirtschaft in Wassergewinnungsgebieten wahrscheinlich nur noch auf biologische Weise möglich sein werde. (Schluß) hs/gg

NNNN

Hatzl zu Hainburg: Busek rechnet falsch (1)

Utl.: Hainburg sehr wohl für die Wiener Energieversorgung notwendig
=++++

40 Wien, 4.5. (RK-POLITIK) Energiestadtrat Johann HATZL nahm Freitag zu der Aussage von Vizebürgermeister Erhard BUSEK Stellung, daß die Kapazität der Wiener Kraftwerke den Bau des Kraftwerks Hainburg unnötig mache. Hatzl gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ": "Die Rechnung Buseks enthält grundlegende Fehler. Wenn man richtig multipliziert - 6.000 Jahresbenützungsstunden bei 1.200 Megawatt - und dann noch die als Ausfallsreserve vorgesehene Gasturbine Leopoldau abzieht, kommt man auf eine Jahresleistung von 6.690 Gigawattstunden. Dieser Wert wird bedarfsmäßig sicherlich schon im Jahr 1986 überschritten werden. Im übrigen vernachlässigt Busek die Tatsache, daß zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit der Wiener Bevölkerung mögliche Betriebsausfälle durch Störungen, Reparaturen sowie periodische Revisionen der Kraftwerksblöcke einkalkuliert werden müssen."

Außerdem berücksichtige die ÖVP nicht, daß man Strom nicht speichern und die Leistung bei Vollastbetrieb im Sommer gar nicht ausnützen könne, sagte Hatzl. Im Winter hingegen bedürfe es zur Abdeckung der Spitzen sehr wohl eines zusätzlichen Strombezuges von der Verbundgesellschaft. Deshalb hätten auch alle Landesgesellschaften entsprechende Koordinierungsverträge mit der Verbundgesellschaft.

Wie wenig durchdacht die Argumentation Buseks sei, zeige auch die Tatsache, daß unter der Annahme einer Realisierungsmöglichkeit seines Vorschlages der Brennstoffbedarf fast auf das Doppelte steigen würde, stellte Hatzl fest. Unter den wahren Voraussetzungen wird der steigende Bedarf durch zusätzliche Lieferungen der Verbundgesellschaft sowie durch den Bezug aus den Donaukraftwerken Hainburg und Greifenstein abgedeckt werden. Der Vorschlag, auf Hainburg zu verzichten, würde daher eine wesentliche Mehrbelastung sowohl der Energiebilanz als auch der Umwelt durch zusätzlichen Einsatz von Öl und Gas bei einem Verzicht auf umweltfreundliche Wasserkräfte bedeuten. (Forts.) roh/gg

NNNN

Hatzl zu Hainburg: Busek rechnet falsch (2)

Utl.: ÖVP Forderungen würden Strom um 30 Groschen verteuern

=++++

41 Wien, 4.5. (RK-POLITIK) Die Verlangen der ÖVP auf eine volle Ausnützung der eigenen Kapazitäten und gleichzeitig auf Entschwefelung der Wiener Kraftwerke seien ein Widerspruch in sich, sagte Hatzl. Ein Umbau zur Ausnützung mit Entschwefelungsanlagen bedeute längere Stillstandszeiten und damit eine Leistungsverringerung. Völlig falsch sei auch die Behauptung, der Wiener Strompreis werde nur nach den Preisen der Eigenerzeugung berechnet. In Wirklichkeit werden die Stromtarife wie bei allen anderen Gesellschaften auf der Basis der Gesamtaufbringung preisbehördlich geprüft und genehmigt.

Da daher von einer "Ersparnis" keine Rede sein könne, würde die Realisierung der ÖVP-Forderungen bedeuten, daß den Wiener Stadtwerken erhebliche Mehrkosten entstünden. Hatzl verwies darauf, daß dies für den Konsumenten eine Preissteigerung von etwa 30 Groschen pro Kilowattstunde mit sich bringen würde. Aus diesem Grund haben die Wiener Stadtwerke beschlossen, zur Verringerung des Schadstoffausstosses vermehrt Erdgas zum Einsatz zu bringen. Heuer konnte in dieser Hinsicht erstmals die 50-Prozent-Grenze überschritten werden. Innerhalb eines Jahrzehnts wird damit die Umweltbelastung durch die Wiener Stadtwerke auf ein Sechstel reduziert. Zwischen 1980 und 1983 konnte bereits eine Halbierung der Schadstoffemission erreicht werden.

Im übrigen verwies Hatzl noch auf den einstimmigen Beschluß der Wiener Landesregierung vom 23. November 1982, in dem die Beteiligung der Wiener E-Werke an den künftigen Donaukraftwerken enthalten ist. Die Wiener E-Werke sind damit - ebenso wie die Newag - bemüht, den Anteil der Energie aus der Wasserkraft im Sinne des Umweltschutzes und der verringerten Energieimporte zu erhöhen. Damit könnte auch das Ost-West-Gefälle bei den Stromkosten gemildert werden. (Schluß)

roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

44 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Nach Beendigung der Landtagssitzung wurde eine Sitzung des Wiener Gemeinderates mit einer Fragestunde eingeleitet.

Auf die 1. ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), wie hoch er den voraussichtlichen Personal- und Sachaufwand des neugegründeten Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds beziffere, antwortete Bürgermeister GRATZ, diese Zahlen stünden noch nicht fest. Zum Vergleich nannte Gratz den jährlichen Personalaufwand des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der 8,6 Millionen Schilling beträgt. Die drei künftigen Geschäftsführer des Fonds hätten Entwürfe ihrer Verträge erhalten, konkrete Gespräche fänden im Mai statt. Einen sofortigen Pensionsanspruch könne er sich nicht vorstellen, sagte Gratz.

Die 2. bis 5. ANFRAGE wurden zurückgezogen.

Auf die 6. ANFRAGE von GR. Leopoldine PFAUSER (SPö), was er veranlaßt habe, um die Säuglingssterblichkeit in Wien zu verringern, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), es gebe eine ganze Reihe von Maßnahmen, um hier Abhilfe zu schaffen. So arbeiten im "Ottakringer Modell" praktische Ärzte mit Säuglingsstationen zusammen, das Gesundheitsamt hat eine "Risikoschwangeren-Beratungsstelle" eingerichtet, auch im Wilhelminenspital gibt es eine "Risiko-Station". An der Universitätsklinik gibt es eine genetische Beratungsstelle, eine weitere soll demnächst ins Leben gerufen werden. In zwei Spezialambulanzen werden 1.200 Kinder pro Jahr auf Fehlentwicklungen untersucht. Seit vier Jahren gibt es zur Säuglingssterblichkeit Einzelfallanalysen, jährlich werden etwa 120 Todesfälle genau untersucht.

Als hauptsächliche Ursache für die Säuglingssterblichkeit nannte Stacher an erster Stelle Frühgeburten. Bei unehelichen Kindern sowie Kindern von Ausländern und bei Hausgeburten liegt die Sterblichkeit über dem Durchschnitt. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

45 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die 7. und 8. ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die 9. ANFRAGE von GR. STRANGL (SPö), wie der Wiederhall auf das Ballettfestival "Tanz 84" war, erklärte StR. MRKVICKA (SPö), das positive Echo in den in- und ausländischen Medien übertraf alle Erwartungen. Über 70 Prozent der Veranstaltungen waren ausverkauft. Man wird daher das Ballettfestival fortführen, allerdings den Zweijahresrhythmus beibehalten.

Auf die 10. ANFRAGE von GR. Elisabeth DITTRICH (SPö), was unternommen wird, um Kinder vor Mißhandlungen zu schützen, erklärte Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPö), Kindesmißhandlungen sind in erster Linie ein soziales Problem. Wenn die Familien durch Streßfaktoren überlastet sind, kann es zu Mißhandlungen kommen. Die Stadt Wien bietet daher eine Reihe von Hilfen an. Es sei auch wichtig, ein Klima zu schaffen, in dem die körperliche Züchtigung von Kindern abgelehnt wird. (Forts.) sei/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

:++++

46 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 11. ANFRAGE von Dkfm. HOTTER (öVP), in welcher Weise die ausreichende Trinkwasserversorgung des 21. und 22. Bezirks sichergestellt sei, falls sich im Grundwasserwerk Lobau eine Grundwasserverseuchung ergeben sollte, erklärte StR. SCHIEDER, daß die Versorgung so lange nicht gefährdet sei, solange uferfiltriertes Donauwasser zum Grundwasserwerk gelangen könne, sich das Gefälle der Donau nicht ändere oder ein Hochwasser eintrete. Auch in diesem Fall wäre die Beeinträchtigung nur kurz. Die Funktion des Grundwasserwerks könnte nur durch Langzeitschädigungen der Donau beeinträchtigt werden. In diesem Fall müßte die 3. Wasserleitung in Betrieb genommen werden.

Auf die 12. ANFRAGE von GR. WIMMER (SPö), über welche Ergebnisse er nach der Durchführung des Ersten Wiener Sondermülltages berichten könne, erklärte StR. SCHIEDER, es seien 42,5 Tonnen Sondermüll gesammelt worden. 40 Prozent der Teilnehmer wurden durch Tageszeitungen, 13 Prozent durch den ORF, 12 Prozent durch Plakate und 28 Prozent durch den Postwurf der Stadt Wien auf diese Aktion aufmerksam. Die Lagerzeiten des Sondermülls in den Haushalten betragen bei 53 Prozent der befragten Personen mehrere Jahre. Schieder erklärte, man habe sehr viele Erkenntnisse aus dem Ersten Wiener Sondermüllsammeltag gewonnen und werde im Müllarbeitskreis entsprechende Schlußfolgerungen ziehen. (Forts.)

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

47 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Ein Drittel der Wiener Kanäle stammt aus dem vorigen Jahrhundert, der Zustand des Kanalsystems ist daher sehr unterschiedlich, erklärte StR. SCHIEDER auf die 13. ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP). Durch den Schwerlastverkehr wird der Bauzustand beeinträchtigt. Er habe daher den Auftrag für eine Detailuntersuchung des Kanalsystems erteilt. Welche Summe für das Budget 1985 erforderlich sei, könne er derzeit nicht sagen. Über Schwierigkeiten in Zusammenhang mit den Vorbereitungen für die Staustufe Wien sei ihm nichts bekannt.

Bei dem Zugsunfall beim ölhafen Lobau Anfang April bestand für die unmittelbar Betroffenen Lebensgefahr, sagte StR. SCHIEDER auf die 14. ANFRAGE von GR. KREMNIETZER (SPÖ). Ursache des Zugsunglücks war ein Schienenbruch. Mit den ÖBB wurden Gespräche zur Vermeidung solcher Unfälle geführt.

In zweihundert Fällen hat die Umweltschutzabteilung bisher vom "Umweltveto" Gebrauch gemacht, beantwortete StR. SCHIEDER die 15. ANFRAGE von GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Auf die Zusatzfrage, ob die MA 22 mit ihrem Personalstand in der Lage sei, die zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen, meinte Schieder, auch er befürchte, daß die derzeitige personelle Kapazität nicht reichen wird. Allein im April hatte die Umweltschutzabteilung 1.200 bis 1.400 Fälle zu bearbeiten. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

48 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auf die 16. ANFRAGE von GR. LUDWIG (SPö), welche Straßenbaumaßnahmen heuer im Bereich Wienerbergstraße - Raxstraße - Grenzackerstraße vorgesehen sind, sagte StR. RAUTNER (SPö), daß der Ausbau der Wienerbergstraße als B 225 heuer begonnen und bis 1986 abgeschlossen sein wird. In der Raxstraße und in der Grenzackerstraße sind in den Monaten Juli und August Belagsarbeiten vorgesehen.

Auf die 17. ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (öVP), welche Kosten dadurch entstanden sind, daß im Wiener Rathaus gelagertes Heizöl wegen einer Verfestigung von einem Spezialunternehmen abgepumpt werden mußte, sagte StR. RAUTNER, daß dieser Vorgang zunächst einmal als völlig normal anzusehen und mit der periodischen Reinigung des Öltanks zusammengefallen sei. Seit 1977 gebe es im Rathaus Fernwärme, daher sei eine endgültige Reinigung des Tanks erfolgt. Insgesamt sei jedoch durch den Verkauf des Restöls auch nach Abzug des Einkaufspreises und der Reinigungsarbeiten ein Gewinn von 454.000 Schilling verblieben.

Auf die 18. ANFRAGE von GR. NEUMANN (öVP), welche Auswirkungen für die Beteiligung Wiens am österreichischen Konferenzzentrum die teilweise Finanzierung durch arabische Gruppen habe, sagte StR. MAYR (SPö), daß es keine Auswirkungen gebe, da die Stadt Wien an diesem Vertrag nicht beteiligt sei. Aus diesem Grund könne er auch keine Informationen über diesen Vertrag geben und auch nicht zur Frage einer möglichen gleichwertigen Finanzierung durch österreichische Bankinstitute Stellung nehmen. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

49 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen zehn Anfragen der ÖVP sowie zwei Anträge der FPÖ und acht Anträge der BVP vor.

Die FPÖ beantragte eine Enquete über erweiterte Besuchszeiten in den Kinderabteilungen der Krankenanstalten sowie den Anschluß des Gebietes Mühlgrundweg im 27. Bezirk an das Wasserleitungsnetz der Stadt Wien.

Die BVP beantragte die Betreuung eines Teiles des Parkes im Palais Liechtenstein durch die Gemeinde Wien, den verstärkten Einsatz mobiler Meßgeräte durch die Polizei zur Lärm- und Geschwindigkeitsüberprüfung von Mopeds, die Einrichtung eines Kinderbauernhofes, die Betreuung von Kleinkindern im Spital durch Kindergärtnerinnen, die Errichtung einer Rettungsstation im Süden Wiens für den Bereich des 10. und 11. Bezirks, die Überprüfung der Tieflegung der Unteren Donaustraße im Kreuzungsbereich der Aspernbrückengasse, die Bezeichnung der künftigen U-Bahn-Station der U 3 als "Dr.-Karl-Lueger-Platz" anstelle von "Stubentor", sowie Maßnahmen, die älteren Personen das Einsteigen in die Straßenbahn erleichtern. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Personelle Änderungen

=++++

50 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Margarete DUMSER und Leopold BUCHELT, beide SPÖ, wurden als neue Gemeinderäte der Stadt Wien angelobt. Die bisherigen Gemeinderäte Margarete TISCHLER und Ing. Walter HOFSTETTER, ebenfalls beide SPÖ, scheidern aus dem Gemeinderat aus.

Eine Änderung gibt es auch bei den Vorsitzenden des Gemeinderates, da bisher GR. Tischler und GR. Hofstetter die Funktion eines Vorsitzenden ausgeübt haben. Als neue Vorsitzende wurden die Gemeinderäte Eveline ANDRLIK und Otto HIRSCH, beide SPÖ, gewählt.

Margarete Dumser wurde 1951 geboren. Sie ist Mutter von drei Kindern, war jahrelang Volks- und Hauptschullehrerin und ist seit 1981 im Schulservice des Wiener Stadtschulrates tätig.

Leopold Buchelt wurde 1943 in Wien geboren. Er ist Vater von zwei Kindern und gelernter Elektromechaniker. Seit 1974 ist Leopold Buchelt Bezirkssekretär der SPÖ Döbling.

Eveline Andrlík, geboren 1935, gehört dem Wiener Gemeinderat seit 1971, Otto Hirsch seit 1969 an.

Margarete Tischler, die in Pension geht, gehörte dem Gemeinderat ebenso wie Ing. Walter Hofstetter, der als Geschäftsführer des neugegründeten Stadterneuerungs- und Bodenbeschaffungsfonds vorgesehen ist, seit 1964 an. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Wiener Energiekonzept

=++++

51 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPÖ) verwies auf die im Rahmen einer Mitteilung in der letzten Gemeinderatssitzung bereits erfolgte Präsentation der ersten Fortschreibung des Wiener Energiekonzeptes im Gemeinderat und leitete die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt deshalb nur mit einem kurzen Überblick ein.

Hauptziele des vorgelegten Energiekonzeptes sind die Sicherung einer ausreichenden, umweltfreundlichen und effizienten Energieversorgung, Die Substitution der Energiegewinnung aus Mineralöl durch Wasserkraft und Erdgas sowie eine vermehrte Deckung des Wärmebedarfes durch leitungsgebundene Energieträger wie Fernwärme, Strom und Erdgas.

Hatzl verwies auf die großen Erfolge der Wiener E-Werke bei der Verringerung der Schadstoffemissionen, die seit 1980 bereits halbiert werden konnten. Innerhalb eines Jahrzehnts wird der Schadstoffausstoß der Wiener Kraftwerke auf ein Sechstel zurückgehen.
(Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Wiener Energiekonzept

=++++

52 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Volkspartei könne die Fortschreibung des Energiekonzeptes nach wie vor nicht zur Kenntnis nehmen, stellte GR. Ing. KREINER (ÖVP) fest. Das Energiekonzept sei ein wertvoller Arbeitsbehelf, es fehlten aber konkrete Vorstellungen für die weitere Entwicklung am Energiesektor.

Kreiner kritisierte die zunehmende Abhängigkeit der Wiener Stromversorgung vom Verbundstrom. Der Wiener Strombedarf könnte durch die eigenen Kraftwerke vollkommen gedeckt werden. Trotz der Beteiligung am Verbundstrom und an den Donaukraftwerken, die den Stadtwerken erhebliche Einsparungen brächten, sei der Strompreis in den letzten Jahren nicht gesenkt worden, kritisierte Kreiner.
(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Wiener Energiekonzept

=++++

53 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die Energieversorgung in Wien ist langfristig gesichert, erklärte GR. EDER (SPÖ). Durch den in Wien besonders hohen Haushaltsanteil kam es in den letzten Jahren zu keinem so starken Rückgang des Energieverbrauchs wie anderswo. Für die 80er-Jahre muß man mit einem jährlichen Zuwachs von rund einem Prozent rechnen.

Beim Gas ist der Rückgang der inländischen Förderung nicht aufzuhalten. Der Import aus der Sowjetunion ist gesichert, man ist auch am Nordseegas interessiert. Derzeit kommt Nordseegas jedoch um 50 Prozent teurer als das russische Gas. Mit Algerien wird man erst wieder verhandeln können, wenn Algerien von den derzeit überhöhten Preisforderungen abgeht.

Insgesamt erfordert die Situation auf dem Energiesektor sehr viel Flexibilität. Die Fortschreibung des ursprünglich im Jahr 1975 einstimmig angenommenen Energiekonzepts erfüllt alle Voraussetzungen für eine gesicherte und preisgünstige Energieversorgung in Wien.

In seinem Schlußwort als Berichterstatter erklärte StR. HATZL, daß der Vorschlag der Wiener ÖVP, den Wiener Strombedarf durch das "Vollfahren" der Wiener Kraftwerke zu decken, in den nächsten vier Jahren einen um 85 Prozent höheren Brennstoffbedarf bedeuten würde. Höhere Importabhängigkeit und größere Umweltbelastung wären die Auswirkungen. Außerdem enthielten die ÖVP-Berechnungen Multiplikationsfehler und unrichtige Annahmen.

* ABSTIMMUNG: Die Fortschreibung des Energiekonzeptes für Wien wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ zur Kenntnis genommen.

(Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: EBS-Detailprojekt

=++++

54 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat SCHIEDER (SPÖ) stellte den Antrag, den für das Detailprojekt über die Erweiterungen, Umbauten und Adaptierungen der Anlagen der Entsorgungsbetriebe Simmering notwendigen Sachkredit von 17 Millionen Schilling zu genehmigen. Hinter diesem Antrag stehe, erklärte Schieder, das Bestreben, die EBS so umzugestalten, daß eine kontinuierliche Verbrennung gewährleistet ist. Als Grenzwerte für die EBS seien solche gewählt worden, die schwer zu erreichen, aber umweltpolitisch nötig seien. So sollen der SO₂-Ausstoß auf maximal 200 Milligramm, HCl auf maximal 100 Milligramm, Staub auf maximal 50 Milligramm, Fluor auf maximal 5 Milligramm und Stickoxyde auf maximal 250 Milligramm beschränkt werden.

Geplant seien der Umbau der eigentlichen Verbrennungsanlage mit Kosten von 320 bis 340 Millionen Schilling, der Umbau der chemisch-physikalischen Anlage sowie die Überdeckung des Deponiebeckens und eine Erweiterung der Werkstätten- und Lagerräume. Die Gesamtkosten für das Projekt seien mit 410 bis 445 Millionen Schilling veranschlagt, ein entsprechender Zeitplan wurde bereits erstellt. Allein das Vorhandensein der EBS sei für Wien und ganz Österreich von großem Wert, betonte Schieder. Auch bei der Kläranlage, bei der eine Klärung von 70 Prozent Auflage sei, könne keinesfalls davon geredet werden, daß sie nicht funktioniere. Sie funktioniere mit 85 Prozent, sollte aber im Sinne umweltpolitischer und gesundheitspolitischer Vorsorge mit 90 bis 92 Prozent funktionieren. Ein weiteres Problem sei die Eluierung der Aschenschlacke aus der EBS.

Gerade heute nachmittag sei, erklärte Schieder, eine von der Stadt Wien beauftragte Untersuchung der Aktion "Kritische Chemie", betreffend die Dioxinwerte bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, veröffentlicht worden. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: EBS-Detailprojekt

=++++

55 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Zur Frage des "Sevesogifts" hat diese Untersuchung ergeben, daß der Ausstoß der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig pro Jahr nur 0,2 bis 0,5 Gramm beträgt. Trotzdem müßten Maßnahmen überlegt werden, auch diese kleine, nach heutigen Erkenntnissen ungefährliche, Menge im Rahmen der Staubausfilterung zu reduzieren. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: EBS-Detailprojekt

=++++

57 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Die offenen Worte von Stadtrat Schieder beweisen ein Umweltübel höchsten Grades, betonte GR. Ing. WORM (ÖVP). Gegen die Bestellung von Dozent Hackl zur Sanierung der EBS besteht kein Einwand seitens der ÖVP. Nach ersten unverbindlichen Schätzungen wird die Sanierung 320 Millionen, ohne Mehrwertsteuer kosten, wahrscheinlich wird der Betrag zwischen 420 und 480 Millionen liegen. Auch bei der Kläranlage stehen uns Probleme bevor. Dafür trägt die SPÖ die politische Verantwortung. Worm pflichtete StR. Schieder bei, daß die EBS ein historischer Verdienst ist. In Simmering wurde die erste Anlage Österreichs zur Verarbeitung von Sonderabfällen errichtet. "Die historischen Verdienste der EBS dürfen trotz der politischen Sorglosigkeit nicht geschmälert werden." Worm kritisierte, daß weiterhin Schlamm in den Donaukanal eingeleitet werden muß. Er behauptete, daß dies 4.600 Kubikmeter pro Monat seien. (Zwischenruf von Stadtrat Schieder: "Nur die Hälfte, aber das ist schlimm genug.") Weiters kritisierte Worm die hohen HCl-Emissionen. Die Behörde hat 100 Milligramm pro Kubikmeter vorgeschrieben, in Simmering wurden laut Worm Spitzenwerte bis zu 1.000 Milligramm gemessen.

Er habe im Zusammenhang mit den EBS und Privatfirmen vertrauliche Informationen erhalten, sagte Worm, die möglicherweise einen schweren Schaden für die Stadt Wien nicht ausschließen. Er stellte daher den Antrag auf Unterbrechung der Verhandlung und Fortsetzung der Beratung in der nicht öffentlichen Sitzung.

Auf den Antrag von GR. Worm erfolgte eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Der Vorsitzende, GR. Prof. WIESINGER (SPÖ), unterbrach die Sitzung auf fünf Minuten. Der Antrag auf Fortsetzung der Debatte in der nicht öffentlichen Sitzung wurde nach der Unterbrechung mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: EBS-Detailprojekt

=++++

58 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) sagte, es sei durchaus richtig, daß Teile der EBS nicht funktionieren, es müsse jedoch ebenso erwähnt werden, daß andere Teile durchaus ihrer Funktion entsprechen. So werden etwa 96,6 Prozent des bei der Kläranlage anfallenden Schlamms in den EBS ordnungsgemäß entsorgt. Die von GR. Worm angesprochenen Planungsfehler gehen auf die Ära vor der jetzigen Direktion zurück, sagte Häupl. Aufgrund der Lösungsvorschläge werden in Kürze Maßnahmen getroffen werden, die das Funktionieren des ganzen Komplexes ermöglichen. Dr. Häupl wandte sich gegen einen politischen Stil, dessen Proponenten Vorinformationen an Zeitungen geben und damit keine Möglichkeiten für Gegenargumente bieten und andererseits Vorwürfe erheben, daß Informationen bewußt zurückgehalten werden. Dadurch werde es sehr schwer gemacht, wichtige Sachfragen gemeinsam zu lösen, was eigentlich in der politischen Intention aller Parteien liegen sollte. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: EBS-Detailprojekt

=++++

59 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) bezeichnete in einer zweiten Wortmeldung die Feststellung, daß die Entsorgungsbetriebe Simmering funktionieren, als unrichtig. Zu seinem Interview in einer Wiener Tageszeitung meinte der Gemeinderat, der Journalist habe sich richtig verhalten, weil er die Rede des Stadtrates hörte und dazu eine Stellungnahme der Opposition einholte. "Offenbar hat ihn das, was Stadtrat Schieder sagte, nicht beeindruckt", erläuterte er die Tatsache, daß in dem Artikel nur die Ansichten von GR. Worm wiedergegeben wurden. Die für eine nicht öffentliche Sitzung vorgesehenen Ausführungen über die EBS wird die ÖVP nicht in der öffentlichen Sitzung präsentieren, weil dies im Prozeß gegen die Firma INOR von Bedeutung sein könnte. Dem Geschäftsstück habe die ÖVP ihre Zustimmung geben wollen, dazu komme es jedoch angesichts der "unernsten" Diskussion nicht.

In seinem Schlußwort sagte Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), öffentliche und nicht öffentliche Sitzungen unterscheiden sich nur durch das Vorhandensein oder Fehlen eines Protokolls. Hingegen bestehe, ungeachtet der Öffentlichkeit der Sitzung, die Pflicht zur Zeugenaussage. Die nicht öffentliche Sitzung wäre ein zusätzlicher Gag gewesen, vermutete Stadtrat Schieder.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

(Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Aktion "Komm zum Sport"

=++++

60 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte als Berichterstatter, für die Aktion "Komm zum Sport" eine Gesamtsubvention von 3,7 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß dies eine Vergeudung von Steuergeldern sei. Besser wäre es, das Geld gezielt für die Förderung der Jugend und der kleinen Vereine zu verwenden.

GR. LUDWIG (SPÖ) erklärte, daß die Aktion "Komm zum Sport" seit ihrem Bestehen immer wieder in Frage gestellt und auch umgestaltet wurde. Heute werden die Eintrittskarten nicht mehr kostenlos abgegeben. Die dadurch rückfließenden Einnahmen werden für die Förderung von kleinen Vereinen verwendet. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Aktion "Komm zum Sport"

=++++

61 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Auch in der ÖVP habe es über die Aktion "Komm zum Sport" wechselnde Meinungen gegeben, erklärte GR. ARTHOLD (ÖVP). Es sei positiv, daß wieder Geld hereinkomme, doch sei die Aktion in Verbindung mit Kultur kein absoluter Erfolg.

Er stimme mit allen Rednern überein, daß eine solche Aktion auch Probleme bringe, erklärte StR. MRKVICKA (SPÖ). Es herrsche aber das Bemühen vor, dem Sport zu helfen. Im Zusammenhang mit der dominierenden Rolle des Fußballs bei dieser Aktion zog Mrkvicka Parallelen zum Wiener Opernfieber und würdigte die zentrale Bedeutung des Fußballs für die Finanzierung des Sports.

GR. BROSCHE erinnerte an die Jugendarbeit der Sportvereine.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.
(Forts.) je1/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Verband wissenschaftlicher Gesellschaften

=++++

62 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Hildegard WONDRAUSCH (SPÖ) stellte den Antrag, dem Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs zur Sanierung seiner finanziellen Situation einen einmaligen Förderungszuschuß von 200.000 Schilling zu gewähren.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) betonte, daß der Verband unverschuldet in eine kritische Situation gekommen sei. Durch lineare Kürzungen der Subventionen sind Wissenschaft, Kunst und Forschung betroffen. Kauer schlug drei Strategien zur Bewältigung der wirtschaftlichen Situation wissenschaftlicher Vereinigungen vor:

1. Ausnahme von den linearen Subventionskürzungen, 2. Aufstockung der Hochschuljubiläumstiftung, 3. Steuerliche Begünstigungen von Zuwendungen für Wissenschaft und Forschung.

Stadtrat MRKVICKA (SPÖ) sagte, er werde sich künftig bemühen, im Bereich Wissenschaft und Forschung gemeinsam vorzugehen. Er freue sich darüber, daß der Kontakt zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen und der Stadt Wien sehr gut sei. Der Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften sei nicht wegen Kürzungen der Subventionen, sondern wegen des Ausbleibens von Unterstützung seitens der Wirtschaft in Schwierigkeiten geraten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Verkehrsverbund-Tarife

=++++

63 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat HATZL (SPö) beantragte die Annahme der Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen im Zusammenhang mit der Gründung des Verkehrsverbundes Ostregion, der am 3. Juni in Kraft tritt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) sagte, er begrüße es, daß der Verkehrsverbund nach zehnjährigen Verhandlungen nun doch zustande gekommen sei. Damit entspreche man einem Wunsch, der von der Wiener Bevölkerung, aber auch von der Freiheitlichen Fraktion immer wieder vorgetragen worden sei. Es gelte nun, weitere Verbesserungen für die Benützer der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen des Verkehrsverbundes durchzusetzen und damit das System zu perfektionieren. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Verkehrsverbund-Tarife

=++++

64 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Mag. REGLER (ÖVP) erläuterte Vor- und Nachteile des Verkehrsverbundes Ost. Zu verbessern seien noch die Regelungen für Pensionisten und Blinde. Einsparungen, die der Verkehrsverbund dem Land Wien bringt, sollten für Bedürftige verwendet werden. Bedauerlich sei die Tarifierhöhung bei der S-Bahn von derzeit 10 auf 12 Schilling. Dies werde aber durch ein vergrößertes Liniennetz wettgemacht. Die Zustimmung zu diesem Geschäftsstück bedeute für die ÖVP kein Abgehen von der seinerzeitigen Kritik an der Tarifgebarung der Wiener Verkehrsbetriebe und der Forderung nach einem Tarifstopp. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Verkehrsverbund-Tarife

=++++

65 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Der neue Verkehrsverbund erschließt den größten Ballungsraum Österreichs mit rund 2,3 Millionen Menschen, erklärte GR. KOPFENSTEINER (SPÖ). Er erinnerte daran, daß Wien mit dem Schnellbahn-Abkommen und mit der Einbeziehung der Autobuslinien innerhalb Wiens bereits einen Verbund realisiert hatte. Es ist zu hoffen, daß nach der Einführung des Verkehrsverbundes in der Ostregion auch bald der zweite Schritt folgen wird: die Einbeziehung der Autobuslinien in den Verbundraum.

StR. HATZL (SPÖ) erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, Wien werde die nächste Phase im Verkehrsverbund sicher nicht aufhalten. Die ÖVP-Anregung, die in Wien für Blinde und Behinderte geltende Regelung auf den Verbundraum auszudehnen, werde er aufgreifen. Er werde den Landeshauptmann von Niederösterreich über die Willensbildung im Gemeinderat informieren und ihn ersuchen, auch in Niederösterreich eine solche Regelung einzuführen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: VAMED-Unterausschuß

=++++

66 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Zu einem von GR. DINHOF (SPÖ) vorgelegten Antrag bezüglich der Bildung von Unterausschüssen zur Beratung des von der VAMED vorgelegten Entwurfes eines Termin- und Kostenplanes sagte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), Ausgangspunkt seien zwei von der FPÖ und ÖVP in der Gemeinderatssitzung vom Februar 1984 gestellten Anträge gewesen. Entgegen dem Versprechen, allen Gemeinderäten Informationsmaterial sechs Wochen vor dem in Planung befindlichen Hearing zu übergeben, sollen diese Unterlagen jetzt aber nur den Mitgliedern der Unterausschüsse zur Verfügung stehen. Dies widerspreche der großen Verantwortung, die jedes Mitglied des Gemeinderates bei der Genehmigung des Termin- und Kostenplanes habe. Er habe den Eindruck, erklärte Hirnschall, daß seit der Übertragung der Baudurchführung des AKH an die VOEST die zuständigen Organe des Gemeinderates nur mehr sporadischen Anteil am Geschehen nehmen, wie auch die Diskussion um die Verbauung des Patientengartens auf dem Gelände der Psychiatrischen Universitätsklinik zeige.

GR. Dr. HIRNSCHALL brachte einen Beschlußantrag betreffend eine Weiterverwendung erhaltungswürdiger Objekte im Bereich des AKH im Sinne einer möglichen Einsparung beim Neubau des AKH und zur ungeschmälernten Erhaltung des Patientengartens der Psychiatrischen Klinik ein. Das Gebäude der 1. Medizinischen Universitätsklinik soll für Schulzwecke adaptiert werden. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: VAMED-Unterausschuß

=++++

67 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) erklärte, daß der Termin- und Kostenplan eine unverbindliche Schätzung darstelle, und immer noch keine Betriebskostenberechnung für das AKH sowie kein Organisationsentwurf vorliege. Wenn es beim Bau des AKH zu einer Zeitverzögerung käme, erklärte Hampel-Fuchs, sei die VAMED nicht verpflichtet, eine Haftung zu übernehmen.
(Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: VAMED-Unterausschuß

=++++

68 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) Das geplante Hearing wird selbstverständlich stattfinden, betonte GR. Prof. WIESINGER (SPÖ). Das gesamte umfangreiche Material soll in den Unterausschüssen "vorgesehen" werden. An die FPÖ gewandt sagte Wiesinger, es wird selbstverständlich Gelegenheit geben, auch die Freiheitliche Partei an diesem Unterausschuß teilnehmen zu lassen.

Zu den Vorwürfen von GR. Dr. Hirnschall wegen der medizinisch-technischen Schule, betonte GR. DINHOF (SPÖ) in seinem Schlußwort, daß sich die Ärzte von der nun angebotenen Lösung des Patientengartens überzeugt hätten. Die Klinik Deutsch wäre nur unzulänglich in eine derartige Schule umzubauen gewesen. GR. Dinhof kritisierte die "nicht gehaltene Rede" der öVP-Mandatarin Dr. Sigrun Schlick, die bereits zu Mittag über den öVP-Pressedienst ausgesendet worden ist.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. Der FPÖ-Antrag wurde zugewiesen. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Kälteanlage St. Marx

=++++

69 Wien, 4.5. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEISLER (SPÖ) beantragte die Verbesserung der Kälteanlage im Schlachthof St. Marx mit einem finanziellen Gesamtaufwand von 11,4 Millionen Schilling.

GR. Dr. KRASSER (ÖVP) stellte fest, daß die 1975 in Betrieb gegangene Anlage trotz mehrfacher Mängelfeststellung durch das Kontrollamt nicht den Voraussetzungen im Interesse der Sicherheit der Bediensteten entspreche. Es habe auch bereits zwei Ammoniakunfälle gegeben, und bis zur endgültigen Sanierung der Anlage sei auch weiterhin eine Gefährdung von Bediensteten möglich.

In seinem Schlußwort sagte GR. KNEISLER, daß der Antrag eben der Beseitigung der angeführten Mängel gelte, wobei ein großer Teil notwendiger Maßnahmen bereits getroffen worden sei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 23.20 Uhr. (Schluß)
gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN